

No. 12/1994

**Elemente der Sozialen Marktwirtschaft
im Transformationsprozeß Chinas?**

Carsten Herrmann-Pillath

herausgegeben von / edited by

Carsten Herrmann-Pillath, Werner Pascha

für / on behalf of



Gerhard Mercator
Universität Duisburg
Gesamthochschule

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

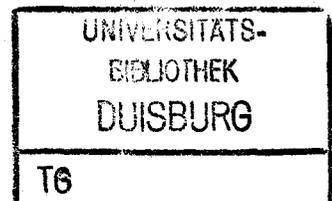


Forschungsinstitut
für wirtschaftlich-
technische
Entwicklungen
in Japan und im
Pazifikraum e.V.

FJP e.V., D-47048 Duisburg, Germany;
Tel.: 0203/3789-114
Fax: 0203/3789-157

(c) by the authors

83 = PSA 2598 M



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
DUISBURG

TOF 1498/95

Inhaltsverzeichnis*

Inhaltsverzeichnis	I
I. Deutsch-chinesischer Wissenstransfer und die Stellung der Wirtschaftswissenschaft in der chinesischen Transformationspolitik	1
1. Rezeptionsmechanismen deutscher Ordnungspolitik in China	1
2. Der Einfluß der chinesischen Wirtschaftswissenschaft auf die Politik: Impulsgeber für die Soziale Marktwirtschaft?	5
II. Anspruch und Realität der chinesischen Transformation: Marktwirtschaft mit oder ohne Attribut?	8
1. Die "soziale" Komponente im chinesischen Transformationsprozeß	8
2. Soziale Marktwirtschaft als Instrument zur Verwirklichung und zum Schutz der Marktwirtschaft: Chinas Transformation als strategisches Problem	14
Literaturverzeichnis	19

* Die vorliegende Arbeit ist ein Beitrag für die Festschrift "Soziale Marktwirtschaft - ein Modell für Europa", mit der Professor Gernot Gutmann zu seinem 65. Geburtstag gewürdigt wird. Sie enthält bislang unpublizierte Forschungsergebnisse des "Europäischen Projektes zur Modernisierung in China", das in Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Bochum (Professor H. Martin) und Duisburg (Prof. C. Herrmann-Pillath) durchgeführt und von der Volkswagen-Stiftung finanziert wird. Es handelt sich insbesondere um die Projektarbeiten von Herrn Wang Hao und Herrn Li Fengjiang zum Einfluß der chinesischen Wirtschaftswissenschaft auf die Politik.

I . DEUTSCH-CHINESISCHER WISSENSTRANSFER UND DIE STELLUNG DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT IN DER CHINESISCHEN TRANSFORMATIONSPOLITIK

1. Rezeptionsmechanismen deutscher Ordnungspolitik in China

Eines der bemerkenswerten Merkmale des chinesischen Transformationsprozesses besteht ohne Zweifel darin, daß er von Anbeginn mit einem intensiven Informationsfluß zwischen den entwickelten Marktwirtschaften auf der einen Seite und Forschungseinrichtungen, Regierungsstellen oder Unternehmen in China auf der anderen Seite einher ging. Schon unmittelbar nach der Öffnung des Landes im Jahre 1978 setzte ein Strom von chinesischen Delegationen, Gastwissenschaftlern, Auslandsstudenten und anderen Reisenden in Sachen Wissenstransfer ein, der sich auch nach Deutschland richtete. Wer in führenden Positionen der deutschen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik befindlich ist, kann innerhalb dieses Zeitraumes sicherlich nicht nur auf einen, sondern mehrere, ja regelmäßige Kontakte mit solchen Besuchern zurückblicken.

In Deutschland galten diese Kontakte häufig einem bestimmten Thema: Was ist die berühmte "Soziale Marktwirtschaft", welche Institutionen sind für sie charakteristisch, und welche Teilbereiche verdienen besondere Aufmerksamkeit? Was hat das "deutsche Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit verursacht? Über Jahre hinweg haben deutsche Stellen der Forschungsförderung entsprechend allgemein formulierte Forschungsvorhaben finanziert, und bis heute werden einschlägige Anträge und Anliegen von chinesischen Wissenschaftlern und Regierungsvertretern vorgelegt. Es gibt inzwischen eine Fülle von Diplomarbeiten und Dissertationen chinesischer Auslandsstudenten in Deutschland, die den einen oder anderen Aspekt der Problematik bearbeitet haben (z.B. Wang 1990, Yue 1991). Auch der mit der vorliegenden Festschrift Gewürdigte war selbstverständlich an diesem Wissenstransfer und an der Betreuung einschlägiger Arbeiten beteiligt. So mag die Frage auch von persönlichem Interesse sein, ob solche Aktivitäten Wirkungen gezeitigt haben.

Die gewonnenen Informationen werden in Form von kurzen Zeitschriften- und Zeitungsbeiträgen, Dossiers, Studien- und Reiseberichten oder auch internen Gutachten in die chinesische Sprache umgesetzt. Hinzu kommt aber auch die Arbeit deutscher Stiftungen: Ein herausragendes Beispiel ist sicherlich der Band

zur Sozialen Marktwirtschaft, den der Bochumer Professor emeritus für Entwicklungsländerforschung und China-Experte Willy Kraus für die Ludwig Erhard Stiftung verfaßt hat. Er wurde in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in das Chinesische übertragen und ist inzwischen in sicherlich tausenden von Exemplaren (wenn Raubkopien mit berücksichtigt werden) überall in China verbreitet (Kraus, 1989). Da solche Informationen auf Konferenzen und Seminaren weitergegeben werden, die landesweit Teilnehmer zusammenführen, sind sie keinesfalls nur in den Zentren des Landes wie Beijing oder Shanghai vorhanden, sondern auch in den Provinzen und gar auch auf lokaler Ebene. Stiftungsbüros wie das Pekinger Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung haben im Verlauf der achtziger Jahre auch im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zunehmend Schwerpunkte bei der ordnungspolitischen Beratung gesetzt. Ähnliches gilt in Teilbereichen für die Arbeit der GTZ in China. Wer diese Situation mit der heutigen in Rußland und der GUS vergleicht, stellt auch ohne detaillierte Prüfung sogleich fest, daß zum einen der deutsch-russische Informationsstrom erst nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion allmählich intensiviert wurde, und daß zum anderen bis heute große Lücken im Informationsstand und konkret etwa bei der Übersetzungstätigkeit vorliegen (Peterhoff, 1994). Während in China umfassende Darstellungen ordoliberalen Gedankengutes schon vergleichsweise früh publiziert wurden (z.B. Zuo 1988), setzte dieser Prozeß aktiver Rezeption in Rußland erst zu Beginn der neunziger Jahre ein (z.B. Gutnik, 1991). Erst gegenwärtig findet die aktive Reflektion etwa darüber statt, wie Übersetzungen des spezifischen Gedankengutes der Sozialen Marktwirtschaft systematisch aufgearbeitet werden können (z.B. Herrmann-Pillath et al. 1994).

Von außen betrachtet, scheint China also einen zeitlichen Vorlauf von rund zehn Jahren aufzuweisen, was den aktiven und intensiven ordnungstheoretischen und -politischen Wissenstransfer betrifft. In der Tat gibt es einige Beispiele, bei denen mehr oder weniger eindeutig ein deutscher Einfluß auf wirtschaftspolitische Maßnahmen in der VR China vermutet werden kann. Schon in der frühen Phase der Reformen dürfte etwa der Vorschlag des verstorbenen Hamburger Ökonomieprofessors Armin Gutowski, ein zweistufiges Bankensystem in China einzurichten, die entsprechenden gesetzlichen und organisatorischen Änderungen im Jahre 1983/84 mit angeregt haben; eindeutig stark ist der deutsche Einfluß jedoch etwa bei der Formulierung des chinesischen Patentrechtes gewesen, bei der das deutsche Patentamt direkt beteiligt war, aber in den letzten Jahren auch bei der Gestaltung und Vorbereitung eines umfassenden wettbe-

werksrechtlichen Rahmens für die Wirtschaftsreform (vor allem über das Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, unter maßgeblicher Beteiligung des Juristen und Sinologen Frank Münzel).

Es ließen sich noch viele ähnliche Beispiele nennen. Vor allem im Bereich des Wirtschaftsrechts wirken auch historische Faktoren begünstigend für einen starken deutschen Einfluß, denn über die Vermittlung Japans hatte die national-chinesische Regierung Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre richtungweisende gesetzgeberische Anregungen durch deutsche Rechtsquellen erfahren. Zum Teil wurde in der VR China auf diese Tradition zurückgegriffen, um Reformgesetze nicht völlig aus dem Nichts schaffen zu müssen, zum Teil wirkt diese Tradition aber auch über die Vermittlung heutiger taiwanesischer Rechtsquellen fort.

Ist Chinas heutige "sozialistische Marktwirtschaft" also auf dem Wege, eine "soziale Marktwirtschaft" deutscher Provenienz zu werden? Nicht ohne List wird von vielen chinesischen Ökonomen die seit dem 14. Parteitag politisch sanktionierte und heute auch verfassungsmäßig garantierte "sozialistische Marktwirtschaft" ("shehui zhuyi shichang jingji") zur "Sozialen Marktwirtschaft" ("shehui shichang jingji") verkürzt, und die entstehende semantische Unschärfe ausgenutzt: Auf der anderen Seite dient jedoch gerade der Begriff der "sozialistischen Marktwirtschaft" aus der Sicht der kommunistischen Führung dazu, eine klare Abgrenzung und Distanz zu anderen Formen der Marktwirtschaft zu schaffen, also auch der "Sozialen".

Welchen tatsächlichen Einfluß hatten also die deutsch-chinesischen Begegnungen, Kontakte und Wissenstransfusionen auf die chinesische Wirtschaftspolitik?

Diese Frage läßt sich auf verschiedene Weise beantworten:

- Es gälte, tatsächliche Einflußkanäle auf die praktische Wirtschaftspolitik nachzuzeichnen und zu beweisen, daß die eigentlichen Entscheidungsträger bestimmte Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft bewußt aufgegriffen haben, und zwar unabhängig vom späteren, tatsächlichen Erfolg bei der Implementation.
- Ein andere Möglichkeit bestünde darin, den ordnungspolitischen Zustand Chinas selbst daraufhin zu befragen, ob Elemente der Sozialen Marktwirtschaft realisiert sind, und dann darauf zurückzuschließen, daß es sich hier nicht um zufällige Koinzidenzen handelt, sondern um Ergebnisse des Wissenstransfers.

- Schließlich wäre natürlich auch zu fragen, ob dieser Wissenstransfer überhaupt ein geschlossenes Bild der "Sozialen Marktwirtschaft" erzeugt haben kann, sind doch etwa die verschiedenen politischen Stiftungen mit recht unterschiedlichen Interpretationen des Konzeptes in China aktiv. Entsprechend muß mit Unschärfen bei der Interpretation ordnungspolitischer Daten in China gerechnet werden.

Daraus leitet sich aber als weitere Fragestellung ab, ob unabhängig von der tatsächlichen Wirkung des Wissenstransfers die "Soziale Marktwirtschaft" als analytisches Konstrukt geeignet ist, um Elemente im ordnungspolitischen Wandel Chinas positiv zu identifizieren und normativ zu bewerten. Hier kann nämlich entweder die Soziale Marktwirtschaft als Realtypus den Referenzpunkt darstellen, oder als Idealtypus, wobei letzterer wieder unterschiedlichen Interpretationen gegenüber offen ist. In beiden Fällen taucht aber die Problematik auf, welchen realen Gehalt "Soziale Marktwirtschaft" in China überhaupt haben kann, wo doch die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsordnung völlig andere sind als in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg: So befand sich Deutschland damals auf einem wesentlich höheren wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, oder ist der zum Teil explizite Bezug von Normen der Sozialen Marktwirtschaft auf christliche Geistestraktionen für China nicht möglich und nicht sinnvoll.

Insofern müßte die Suche nach Elementen der Sozialen Marktwirtschaft in China in der Tat nach der "Sozialen Marktwirtschaft chinesischer Prägung" fragen: Dies ist sicherlich ganz im Sinne bedeutender geistiger Väter der Sozialen Marktwirtschaft, die, wie Eucken und Müller-Armack, stets die historische Eigentümlichkeit und Situationsbezogenheit von realtypischen Wirtschaftsordnungen betont haben.

Versuchen wir also, die unterschiedlichen Zugangswege zum Thema kurz und eilig zu beschreiten. Dabei geht es in diesem Abschnitt zunächst um den möglichen Stellenwert des deutsch-chinesischen Wissenstransfers im wirtschaftspolitischen Beratungsprozeß der VR China.

2. Der Einfluß der chinesischen Wirtschaftswissenschaft auf die Politik: Impulsgeber für die Soziale Marktwirtschaft?

Der wirtschaftspolitische Beratungsprozeß in China erlaubt durchaus einen Einfluß der Wissenschaft auf die Politik, sein tatsächlicher Umfang ist jedoch schwer nachvollziehbar. Dies hängt damit zusammen, daß es zwar einerseits institutionalisierte Formen der Beratung gibt - etwa in Gestalt interner Gutachten für die Reformkommission des Staatsrates -, daß aber andererseits der unmittelbare persönliche Einfluß auf politische Machtträger eigentlich ausschlaggebend ist, um wirtschaftswissenschaftliche Konzepte tatsächlich wirksam werden zu lassen. Persönliche Netzwerke zwischen Politik und Wissenschaft determinieren auch den Ideenfluß, und außerdem ist natürlich das Vorwissen der Mächtigen von Bedeutung, um überhaupt eine sinnvolle Kommunikation von Ideen zu ermöglichen.

Beide Aspekte wirken zusammen und trugen zu einem wesentlichen Merkmal chinesischer wirtschaftswissenschaftlicher Beratung bis zu Beginn der neunziger Jahre bei (Hsu, 1988): Erstens, für die Spannweite und Stoßrichtung der wirtschaftspolitischen Beratung war die politisch definierte, allgemeine "Linie" der Wirtschaftspolitik verbindlich, die durch den Verlauf des internen Konfliktes in der Führung der KP determiniert ist, und zweitens, bei der Konzeption von "Politiken", die eine solche "Linie" umsetzen, bewegt sich der wirtschaftswissenschaftliche Diskurs regelmäßig in Wellen und Moden vorwärts, ohne eigentlich tiefgreifende Spezialisierung und dauerhafte Themen aufzuweisen. Dabei können einzelne Persönlichkeiten unabhängig von ihrer Position und ihrem Alter durchaus Einfluß auf die Entscheidungen höchster Entscheidungsträger gewinnen, doch schwindet dieser Einfluß gegebenenfalls ebenso rasch, wie er entstanden ist.

Wird vor diesem Hintergrund versucht, Wirkungslinien wirtschaftspolitischer Ideen in China nachzuzeichnen, dann erscheint ein nachhaltiger Einfluß der "Sozialen Marktwirtschaft" eher unwahrscheinlich. Solche Ideen standen und stehen in intensiver geistiger Konkurrenz mit ordnungspolitischen Vorstellungen aus dem englischsprachigen Raum, seit einigen Jahren jedoch vor allem auch aus dem chinesischen, und zwar aus Singapur oder Taiwan.

Ideen hatten in verschiedenen Phasen der Reform ohne Zweifel starken Einfluß auf die Politik, doch handelte es sich dann regelmäßig nicht um solche aus dem

deutschsprachigen Raum. Dies läßt sich im Einzelnen belegen: Etwa hinsichtlich der herausragenden Bedeutung des "Economic System Reform Institute of China" bis zum Sturz des Parteisekretärs Zhao Ziyang nach dem Massaker am Platz des Himmlischen Friedens. Seine Mitarbeiter hatten zum Teil unmittelbaren persönlichen Einfluß auf die Reformkonzeption der damaligen chinesischen Führung, waren jedoch ihrerseits durch amerikanisches Gedankengut geprägt - nicht zuletzt ein Ergebnis der Tatsache, daß dieses Institut teilweise durch die New Yorker Soros-Foundation finanziert worden ist. Die große Bedeutung angloamerikanischen Gedankengutes für die praktische Reformpolitik fand dann etwa in der Rolle Ausdruck, die dem Kapitalmarkt und der Aktiengesellschaft bei der Transformation zugeschrieben wurde (vgl. Herrmann-Pillath, 1989). Umgekehrt blieben kleinere und mittlere Unternehmen, die Ende der achtziger Jahre gerade im ländlichen Raum die eigentlichen Träger der chinesischen Wirtschaftsdynamik wurden, eher im Abseits aktiver wirtschaftspolitischer Gestaltung. Die Betonung ihrer Rolle in der Wirtschaft gehörte aber von Anbeginn zu den Prinzipien der deutschen Sozialen Marktwirtschaft, deren geistige Tradition deutliche Vorbehalte gegenüber der anonymen Kapitalgesellschaft vermittelt und stattdessen die zentrale Rolle persönlicher Haftung und des Eigentümer-Unternehmers in der Wirtschaftsordnung sieht.

Insofern scheint außerhalb der Rechtsgestaltung und Rechtswissenschaft der deutsche Einfluß eher gering. Erschwerend kommt hinzu, daß die politische Führung der VR China bis heute durch Personen dominiert wird, die ihre Ausbildung entweder in der Sowjetunion der fünfziger Jahre erhalten haben, oder eher ingenieurwissenschaftlich orientiert sind. Die älteste Führungsgeneration wiederum betrachtete ökonomische Fragen stets unter politischen Vorzeichen, insbesondere im Sinne des Imperatives einer raschen Modernisierung und Industrialisierung (Naughton, 1993). Die nachrückenden technokratischen Eliten in den vierzigern stehen in der Regel unter dem Eindruck amerikanischen Gedankengutes, wie überhaupt für die jüngere Generation in China eine starke Orientierung zur US-amerikanischen Gesellschaft und ihrem Lebensstil zu verzeichnen ist. Dabei darf auch nicht übersehen werden, daß abgesehen von der ungleich intensiveren, politisch gewollten Förderung des Wissenstransfers zwischen den USA und China - die durch den starken amerikanischen Einfluß in internationalen Institutionen wie der Weltbank unterstützt wird - auch die chinakundliche Infrastruktur der USA wesentlich weiter entwickelt ist als in Deutschland. Amerikanisches Ordnungsverständnis gewinnt also auch über die vielfältigen Kontakte zwischen amerikanischen Chinakundlern (im

weiten Sinne) und Chinesen an Wirkung. Im Vergleich hierzu muß der deutsche Einfluß schwach bleiben, denn die deutsche Chinakunde nimmt kaum auf allgemeine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Zusammenhänge Bezug.

Abgesehen von diesen unterschiedlichen Gradienten geistiger Wirkung muß natürlich gefragt werden, wie stark eigentlich der tatsächliche Einfluß von Wirtschaftswissenschaft im allgemeinen auf die chinesische Politik ist - wobei eine Bewertung berücksichtigen sollte, daß dieser Einfluß auch in der westlichen Welt zum Teil ambivalent, manchmal eindeutig, aber häufig auch gar nicht vorhanden ist, wie nicht zuletzt die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung zeigte.

Der Verfasser dieser Zeilen hatte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dieser Frage bereits zwei ausführliche Studien gewidmet und war zu dem Schluß gekommen, daß ein solcher Einfluß eindeutig besteht (Herrmann-Pillath, 1987, 1989). Zum Teil kann er sogar ausgeprägter sein als in anderen Ländern, gerade weil persönliche Kontakte zwischen Wissenschaftlern und Politik ausschlaggebend für seine Intensität sind. Das heißt, wenn die Meinungen selbst jüngerer Wissenschaftler auf irgendeinem Wege in das Ohr der politisch Mächtigen gelangen und auf Akzeptanz stoßen, dann können sie starke und unmittelbare Wirkung erhalten, weil sie in der personalisierten und autokratischen Herrschaftsstruktur leicht umgesetzt werden. Die Geschichte des chinesischen "Doppelgleispreissystems" und der von Deng Xiaoping im Frühsommer 1988 plötzlich befürworteten Preisliberalisierung ist sicherlich ebenso eines der interessanteren Beispiele für diesen Wirkungsmechanismus wie die "Theorie der großen internationalen Zirkulation", die für die Fortentwicklung der Öffnungspolitik unter der Ägide Zhao Ziyangs ausschlaggebend war (Fewsmith/Zou, 1991/1992, Li Fengjiang, 1992).

Nicht außer Acht lassen darf man in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß im Verlauf der achtziger Jahre in China auch eine wirtschaftspolitische Öffentlichkeit entstanden ist (Wang Hao, 1992). Es läßt sich an Detailuntersuchungen der chinesischen Tageszeitungen durchaus belegen, daß die tatsächliche chinesische Wirtschaftspolitik mit einer gewissen Zeitverzögerung den Themenschwerpunkten der öffentlichen Diskussion folgte und dabei durchaus auch kontroverse Positionen im Sinne eines Kompromisses widerspiegelt. Vor allem läßt sich auch ein Vorlauf progressiverer Periodika gegenüber den parteioffiziellen Organen erkennen und mithin ein Prozeß der schrittweisen Akzeptanz bestimmter Reformideen. Derartige Periodika gehören zur alltäglichen Lektüre gerade der Technokraten und Administratoren der jüngeren Generation und dürften daher zu einem indirekten Einfluß der Wirtschaftswissenschaft auf

geren Generation und dürften daher zu einem indirekten Einfluß der Wirtschaftswissenschaft auf die Politik führen, da Wissenschaftler in China wesentlich häufiger als etwa in Deutschland auch in Tageszeitungen publizieren (Cheng/White, 1991).

Insofern darf vermutet werden, daß die Unterschiede im intellektuellen Stellenwert ordnungspolitischer Konzeptionen durchaus auch Unterschiede im tatsächlichen politischen Einfluß abbilden. Die deutsche Soziale Marktwirtschaft besitzt zwar eine bestimmte geistige Lobby in Gestalt deutschsprachiger Ökonomen in China, die mit der Verbreitung entsprechender Ideen auch im eigenen Interesse den akademischen Markt differenzieren, und es gab lange Zeit insbesondere deshalb auch ein vages allgemeines Interesse, weil hinter dem Epitheton "Sozial" eine Art "dritter Weg" vermutet wurde: Doch reichten diese spezifischen Erkenntnisinteressen kaum aus, um authentisch Konzepte und Elemente der Sozialen Marktwirtschaft nach China zu übertragen.

II. ANSPRUCH UND REALITÄT DER CHINESISCHEN TRANSFORMATION: MARKTWIRTSCHAFT MIT ODER OHNE ATTRIBUT?

1. Die "soziale" Komponente im chinesischen Transformationsprozeß

Die These, daß Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft ungeachtet vielfältiger Bemühungen beim deutsch-chinesischen Wissenstransfer ohne größere wirtschaftspolitische Wirkung geblieben sind, läßt sich umgekehrt auch am tatsächlichen Zustand der Ordnungspolitik in China verifizieren. Auch diesbezüglich hatte der Verfasser bereits Ende der achtziger Jahre eine relevante Studie vorgelegt und gefragt, ob die ordnungspolitische Realität Chinas den normativen Vorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft gerecht wird (Herrmann-Pillath, 1990). Die Antwort war im wesentlichen negativ, hängt freilich stark davon ab, was eigentlich als normativer Kern der Sozialen Marktwirtschaft betrachtet wird. Diesem zweiten Gesichtspunkt wenden wir uns im nächsten Abschnitt zu.

Wenn einmal auf vergleichsweise unstrittige Aspekte Bezug genommen wird, erlauben folgende Beobachtungen einfache und eindeutige Schlußfolgerungen.

a. Ein wesentlicher Aspekt der deutschen Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung im Werden bestand darin, ein möglichst ungehindert funktionierendes Preissystem

Akzeptanz orientiert war, mit wenigen Ausnahmen also im Bereich der Produktionsmittel zügig voranschritt, im Bereich individuell lebensnotwendiger und zentraler Güter aber teilweise langsamer, wie etwa in der Wohnungswirtschaft. Das bedeutete, daß der Markt als Allokations-, aber vor allem auch als Sanktionsmechanismus für die Unternehmen und Unternehmer rasch verhaltensrelevant wurde. Unternehmerischer Lobbyismus nahm zwar unter anderem auf die Gestaltung des Wettbewerbsrechtes im Laufe der fünfziger Jahre nachteilig Einfluß, doch wurde im Großen und Ganzen dem Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft Rechnung gezollt, daß nur der staatlich geschützte Wettbewerb gegebenenfalls negative Auswirkungen der Laissez-faire-Wirtschaft ausschließen kann.

Die chinesische Transformation ist in weitaus geringerem Maße durch diese Philosophie der Machtbeschränkung durch Wettbewerb getragen, sondern weist unter anderem das Phänomen starken Produzentenschutzes durch staatliche Interventionen auf. Die Phasenverschiebung der Preisliberalisierung ist genau umgekehrt wie im Falle der Sozialen Marktwirtschaft: Vor allem die ländliche Bevölkerungsmehrheit wurde rasch mit freien Marktpreisen im Konsumbereich konfrontiert, während besonders Großunternehmen und die Schwerindustrie durch Preiskontrollen etwa im Energiesektor geschützt blieben. Bis heute werden weitergehende Schritte etwa der Ölpreisliberalisierung nur zögerlich realisiert, weil negative Auswirkungen auf starke Interessengruppen entstehen.

Diese Politik hängt freilich auch damit zusammen, daß die Kontrolle der Produzentenpreise indirekt ein Instrument der Finanzierung versteckter Arbeitslosigkeit in Staatsunternehmen ist. Insofern mag auch hier der Aspekt sozialer Akzeptanz bestimmend für die konkrete Strategie der Preisfreigabe gewesen sein, doch ist dieses Verfahren sozialer Abfederung nicht wettbewerbskonform im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, müßte doch unmittelbar auf die Lage der Betroffenen Bezug genommen werden, wenn Schutzmaßnahmen politisch gewollt sind.

Insgesamt zeigte die chinesische Preisreform kein systematisches Verständnis für das Konzept einer übergreifenden Wettbewerbsordnung. Chinesische Ökonomen haben sehr früh - auch im marxistischen Kontext - das Erfordernis gesehen, die Güterallokation durch Marktpreise zu regulieren (vgl. Hsu, 1991, S. 39ff., 156ff.). In den achtziger Jahren wurden die progressiveren Reformkonzeptionen allerdings stark durch die Frage beherrscht, welche Übergangsstrategie vom administrierten zum marktregulierten Preissystem angewendet werden sollte. Dabei spielte das Konzept des sogenannten "Doppelgleispreissystems" eine zentrale

strierten zum marktregulierten Preissystem angewendet werden sollte. Dabei spielte das Konzept des sogenannten "Doppelgleispreissystems" eine zentrale Rolle, das über einen längeren Zeitraum für gleiche Güter unterschiedliche Preise zuließ, und zwar unter einem Regime administrativer Marktpaltung. Dieses Konzept verletzt eindeutig das Prinzip der Wettbewerbskonformität und hatte entsprechend nachteilige Folgen für den Wettbewerbsprozeß, etwa in Gestalt endemischer Korruption (vgl. Ishihara, 1993, S. 113-120). Es war unter anderem von jüngeren Ökonomen vertreten worden, die das Problem der Preisliberalisierung zunächst auf den Allokationsaspekt verkürzten, und erst nach den gewonnenen, negativen Erfahrungen die Interdependenz einzelner Transformationsschritte in Wirtschaft und Gesellschaft betonten (Herrmann-Pillath, 1991, S. 187-205).

b. Das Doppelgleisystem ist nur ein Aspekt der nachhaltigen sozialen Diskriminierungen, die mit der chinesischen Transformation einhergehen und einhergingen. Es ist sicherlich strittig, in welchem Umfang "soziale Sicherung" im Sinne staatlich organisierter oder gar finanzierter Vorsorge und Fürsorge ein notwendiges Element Sozialer Marktwirtschaft ist. Unstrittig ist aber, daß das Sicherungsniveau, das jeweils als ordnungskonstitutiv angesehen wird, ohne Diskriminierung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen jedermann bereitgestellt werden muß. In China ist jedoch die ländliche Bevölkerung systematisch gegenüber der städtischen diskriminiert: Beispielsweise bewegt sie sich innerhalb eines Arbeitsmarktsegmentes, das nahezu vollständig liberalisiert und frei von staatlichen Regulierungen, aber auch von gesetzlicher Gestaltung ist, und das entsprechend "frühkapitalistische" Verhältnisse aufweist. Die städtische Bevölkerung dagegen monopolisiert ein Arbeitsmarktsegment mit sozialpolitischen Privilegien, Beschäftigungsgarantien und hohen Markteintrittsbarrieren etwa für Ortsfremde (siehe z.B. Christiansen, 1992).

Die Diskriminierung der ländlichen Bevölkerung ist also eng mit staatlichen Interventionen in den Wettbewerb verbunden, wobei gerade die diffusen und oft willkürlichen Eingriffe in den Preismechanismus zu einer einseitigen Verschiebung der Lasten der Transformation auf die Bauern führen. Chinas Politik wiederholt hier im wesentlichen die Diskriminierung ländlicher Räume durch urbane Eliten, die für viele Länder der Dritten Welt typisch ist. Während der Ära Mao stellte die Kollektivierung und Planung der Landwirtschaft den Rahmen für die Umverteilung zwischen Land und Stadt, während der Ära Deng die differentielle Inflationssteuer (Herrmann-Pillath, 1991, S. 657-675).

c. Ordnungskonstitutiv für die Soziale Marktwirtschaft ist auch die klare Trennung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, und zwar zunächst einmal unabhängig von der Frage nach der Demokratie: Im engeren Sinne geht es also darum, Dysfunktionen des Wettbewerbes auszuschließen, die durch die Vermachtung von Märkten entstehen und die besonders virulent sind, wenn sich wirtschaftliche in politische Macht und umgekehrt transformiert. Der chinesische Systemwandel kennt derartige Schutzmechanismen nicht, ja im Gegenteil scheint es, daß die Aufhebung der klaren Trennung politischer und wirtschaftlicher Positionen zu den Strategien des Wandels selbst gehört: Funktionäre werden zu Unternehmern, indem sie ihre bestehenden Kompetenzen in bare Münze umsetzen und etwa öffentliche Büros in Unternehmen umwidmen, Unternehmer werden lokal und national durch die Partei kooptiert und gewinnen so Zugang zu politischen Privilegien.

Wenn auch die chinesische Regierung immer wieder gegen diese mangelnde institutionelle Differenzierung zwischen Wirtschaft und Politik vorgegangen ist, wurde nie eine ordnungspolitische Grundsatzentscheidung gefällt. Hier spielten auch Sachzwänge eine Rolle, denn beispielsweise konnte die unternehmerische Metamorphose des Funktionärs durchaus zur Lösung des Problems beitragen, daß die öffentliche Verwaltung große Personalüberhänge kennt und sich staatlicherseits kaum Beschäftigungsalternativen fanden. Doch wurde der Prozeß nie durchgreifend gesetzlich reguliert, etwa hinsichtlich der endgültigen Aufhebung des Funktionärsstatus für solche Personen, die eindeutig vornehmlich unternehmerische Funktionen ausüben. Die Verschmelzung politischer mit wirtschaftlicher Macht wird bislang nicht als grundlegendes Problem der Etablierung einer Wettbewerbsordnung gesehen: Das künftig vielleicht folgenreichste Beispiel ist die wechselseitige Kooptation wirtschaftlicher Eliten Hong Kongs und politischer Eliten der VR China, die längst zu einer Symbiose von Großkapital und kommunistischer Partei geführt hat: Hong Kongs Wirtschaft wird immer undurchsichtiger beherrscht von Netzwerken zwischen dem "zhong zi", dem "festländischen Kapital", und den örtlichen Tycoons, die nicht zuletzt auch den weiterreichenden Demokratisierungsverlangen liberaler Kräfte in Hong Kong kritisch bis ablehnend gegenüber stehen.

d. Die mangelnde Separierung der Wirtschaft von der Politik hängt auch mit der bislang unzureichenden ordnungspolitischen Gestaltung des Staates als Fiskus zusammen. Damit war und ist eine der wichtigsten Ordnungsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft in China nicht erfüllt, nämlich die Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Billigkeit des Staatshandelns. Auch hier scheinen vor allem

die Verhältnisse auf dem Lande zum Teil chaotisch, zum Teil aber auch von Machtmißbrauch und staatlichem Zerfall geprägt. Aber auch andere Bereiche fiskalischen Handelns wie etwa hinsichtlich der Beziehungen der Gebietskörperschaften untereinander lassen bislang klare Linien vermissen.

Diese Verhältnisse scheinen vor allem damit zusammenzuhängen, daß die Gestaltung des Staates als Steuerstaat nicht als ordnungspolitisches Problem betrachtet wurde, und damit als eine verfassungsrechtliche Aufgabe ersten Ranges, sondern mehr oder weniger als praktisches Detailproblem der Politik, das entsprechend in der Realität durch kurzfristiges Reagieren auf akute fiskalische Notlagen und vor allem administrative Verteilungskonflikte geprägt war. Im Zusammenhang mit den Irrungen und Wirrungen der Preisreform und den entsprechend hohen Subventionslasten nahm daher die Fähigkeit des Staates zunehmend ab, Staatsaufgaben angemessen zu realisieren. Ungeachtet der sicherlich strittigen Definition solcher Aufgaben im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft - also insbesondere hinsichtlich des gebotenen Grades der Umverteilung - muß die Erosion der Staatsfinanzen während der Transformation als grundsätzlicher Gestaltungsfehler betrachtet werden. So hat etwa die mangelnde Einsicht in das Erfordernis, funktionsfähige finanzföderalistische Regeln einzurichten, die auch einen stabilen Rahmen für die Umverteilung von Finanzmitteln zwischen den Provinzen bieten, zur Folge gehabt, daß letzten Endes das Umverteilungspotential selbst immer geringer geworden ist (Kojima, 1992). Erst mit der Steuerreform des Jahres 1994 tritt der deutliche Wille der Politik hervor, in diesem Bereich klare ordnungspolitische Schritte zu tun.

e. Die ordnungspolitische Vernachlässigung der Finanzpolitik trug wesentlich zum Dauerzustand fiskalischer Instabilität, mithin aber auch monetärer Instabilität während der Transformation bei. Die Sicherung des Geldwertes gehört ohne Zweifel zu den Wesenselementen der Sozialen Marktwirtschaft, da nur ein stabiler Geldwert etwa die wirksame Realisation des Subsidiaritätsprinzipes erlaubt: Vor- und Fürsorge in privater Eigeninitiative ist nur dann planungssicher möglich, wenn Vertrauen in den zukünftigen Wert des Geldes besteht. In Chinas Transformation sind jedoch inflationäre Zyklen und Kontrolldefizite der monetären Steuerung nicht nur endemisch, sondern scheinen teilweise sogar eine strategische Rolle zu besitzen: Zwischen 1992 und 1994 hat ein inflationärer Boom den Systemwandel vorwärtsgetrieben, obgleich die Gefahren den Verantwortlichen durchaus bewußt waren.

Zudem waren Chinas inflationäre Zyklen immer auch mit ordnungspolitischen Kurswechseln verbunden, da bis heute administrative Interventionen in

Kreditapparat, Geldmarkt und den Außenwirtschaftsverkehr zu den wirksamsten Mitteln monetärer Steuerung gehören. In der Vergangenheit wurde die Anwendung solcher Instrumente immer auch durch Machtverschiebungen zwischen "progressiven Reformern" und "konservativen Planern" abgestützt, sodaß ambivalente Signale selbst für Bereiche der Wirtschaft entstanden, die eigentlich nicht betroffen waren. Andererseits waren inflationäre Schübe immer auch mit Reformbewegungen, geradezu Kampagnen verbunden, die "ratchet-Effekte" erzeugten und die Reform schrittweise in Richtung Marktwirtschaft vorwärtstrieben, wie etwa der Schub seit Deng Xiaopings "Reise nach Süden" im Frühjahr 1992 zeigte, als unter anderem rasche, teilweise staatlich unregulierte Liberalisierungsmaßnahmen im Bereich des Kapitalmarktes landesweit erfolgten, gleichzeitig aber die Geldpolitik in die Rolle des passiven Anpassers gedrängt wurde.

Allein die hier genannten Punkte zeigen, daß Chinas Transformation weder real- noch idealtypisch wesentliche Elemente der Sozialen Marktwirtschaft aufweist. Die Beispiele wurden bewußt in einer Weise ausgewählt, daß die in Deutschland hitzig diskutierten Fragen zum Stellenwert der Sozialpolitik für die Soziale Marktwirtschaft irrelevant bleiben. Konzepte wie der staatliche Schutz der Wettbewerbsordnung, die Trennung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht oder die Konstanz der Wirtschaftspolitik auch im Bereich des fiskalischen Handelns sind einerseits bestimmend für die deutsche Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit gewesen, und sind andererseits von politisch konkurrierenden Interpretationen dieser Idee kaum in Zweifel gezogen worden.

Insofern dürfte die Annahme in der Tat bestätigt werden, daß ungeachtet aller Aktivitäten zum deutsch-chinesischen Wissenstransfer der tatsächliche wirtschaftspolitische Wirkungsgrad gering blieb. Beispiele wie der starke deutsche Einfluß auf das chinesische Patentrecht liegen zumeist außerhalb der Kernbereiche Sozialer Marktwirtschaft, soweit diese sich von anderen Formen marktwirtschaftlicher Ordnung unterscheidet. Genau dieses Problem mag aber auch aufgeworfen werden, wenn die bislang betrachteten Aspekte der chinesischen Transformation dahingehend hinterfragt werden, ob sie in hinreichender Weise spezifisch für die Soziale Marktwirtschaft in Abgrenzung zu anderen Formen marktwirtschaftlicher Ordnung sind. Wer in der Tat die aktive Sozialpolitik als wesentliches Abgrenzungskriterium betrachtet, muß dies eher verneinen. Um diesen Punkt abzuklären, muß die Fragestellung nochmals in anderem Lichte betrachtet werden.

2. Soziale Marktwirtschaft als Instrument zur Verwirklichung und zum Schutz der Marktwirtschaft: Chinas Transformation als strategisches Problem

Für viele deutsche Ökonomen ist die Soziale Marktwirtschaft inzwischen ein Pleonasmus, der eigentlich nur dazu dient, überufernde staatliche Interventionen im weiteren Bereich der Sozialpolitik zu rechtfertigen (zum folgenden vor allem Wünsche, 1994). Die Stoßrichtung der Überlegungen wird dann oft radikal umgekehrt, indem "Marktwirtschaft" an sich als "sozial" bezeichnet wird, freilich unter der Bedingung etwa eines aktiven staatlichen Schutzes der Wettbewerbsordnung, sodaß "Marktwirtschaft" durchaus nicht einfach mit "Laissez-faire-Wirtschaft" gleichgesetzt wird. Diese Auseinandersetzung wirft nun für unser Thema beträchtliche Schwierigkeiten auf, denn erstens ist es durchaus ausschlaggebend für die Analyse, ob eine umfangreiche sozialpolitische Aktivität das distinktive Merkmal der Marktwirtschaft als "Soziale" ist oder nicht, und zweitens muß nun auch berücksichtigt werden, daß eine "Soziale Marktwirtschaft" gleichwelcher Prägung nicht ohne konkreten Bezug auf historische Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft mit Inhalt gefüllt sein kann. Auch wer etwa umfangreiche staatliche Sozialpolitik als der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich erachtet, wird bei der konkreten Beurteilung der chinesischen Verhältnisse sicherlich ein anderes Maß an staatlicher Sicherung für "sozial" halten als im Falle der Bundesrepublik Deutschland.

Aus der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft als Legitimationsmodell unter bestimmten historischen Bedingungen kommt dann die zusätzliche Unwägbarkeit hinzu, daß die praktische Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz in verschiedenen Weltregionen und historischen Zusammenhängen jeweils andere staatliche Maßnahmen erfordern mag, bis hin zu massiven Umverteilungsprogrammen. Wie läßt sich dann aber die Grenze zwischen Sozialpolitik als "Strategie zur Einführung der Marktwirtschaft" und der Sozialpolitik als Ordnungsprinzip eindeutig ziehen? Beide genannten Punkte verkomplizieren die Analyse des chinesischen Falls beträchtlich: Zunächst ist also nach dem Stellenwert sozialpolitischen Handelns während der Transformation und für den Endzustand der Transformation zu fragen, und dann ist der strategische Gehalt der chinesischen Wirtschaftspolitik aufzudecken. In beiden Fällen geht es nun aber nicht mehr

Marktwirtschaft" in China nachzuweisen, sondern die chinesischen Erfahrung vor dem Hintergrund des allgemeinen Ordnungskonzeptes zu bewerten.

Wenden wir uns zunächst der chinesischen Sozialpolitik zu, mit der sich der Verfasser wiederholt befaßt hat, dann ist zunächst erneut auf den Tatbestand ausgeprägter Diskriminierung zwischen städtischen und ländlichen Räumen hinzuweisen. Innerhalb des herkömmlichen Wirtschaftssystems diente Sozialpolitik vor allem der Privilegierung der Stadtbewohner, freilich mit dem Ziel, Akzeptanz des sozialistischen Systems zu sichern, und nicht zuletzt auch als Herrschaftsinstrument, und zwar in Gestalt der Monopolisierung von Sicherungsleistungen in den Händen der Partei. Dieses System wirkt bis heute fort, allerdings zunehmend auch differenziert zwischen verschiedenen Schichten der städtischen Bevölkerung (etwa zwischen staatseigener und sog. "kollektiver" Industrie). Wachsende Einkommensdisparitäten und die sichtbare Verarmung bestimmter Teile der Bevölkerung sind von Beobachtern häufig kritisch verzeichnet worden. Hier soll jedoch diese anscheinend zweifelhafte Performanz der chinesischen Sozialpolitik nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Vielmehr ist die fast ebenso selbstverständliche Einsicht zu würdigen, daß die Ausgangsbedingungen der chinesischen Transformation kaum den Aufbau umfassender sozialer Sicherungssysteme ermöglicht hätten. Weder war zu Beginn der achtziger Jahre das ordnungspolitische Know-how vorhanden, um etwa die Umstellung der betriebsgebundenen Sicherungssysteme auf entweder Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren in der Altersversorgung möglichst reibungsfrei und vor allem langfristig volkswirtschaftlich effizient bewerkstelligen zu können, noch waren in den meisten Teilen des Landes entsprechende Umverteilungs- und Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden, sieht man von der bestehenden, allerdings kaum pekuniär greifbaren Diskriminierung der Landwirtschaft ab.

Vor diesem Hintergrund läßt der Tatbestand jene chinesische Erfahrung in positiverem Lichte erscheinen, daß viele Einzelmaßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene, die gerade nicht in die klare Form einer "staatlichen Sozialpolitik" gegossen worden sind, durchaus dem Gedanken der Subsidiarität in der Sozialen Marktwirtschaft gerecht werden (vgl. Lyons, 1992). Häufig steht das Ziel im Vordergrund, durch gezielte Förderung die Hilfe zur Selbsthilfe zu aktivieren, also etwa regionale Einkommensdisparitäten nicht nur durch Transfers abzumildern, für die ohnehin keine ausreichenden Mittel vorhanden sind, sondern vor allem durch die Einräumung von Steuerbefreiungen oder Sonderbedingungen für Unternehmen aus den ärmeren Gebieten. Solche Bemühungen gibt es auch auf

Unternehmen aus den ärmeren Gebieten. Solche Bemühungen gibt es auch auf der Ebene von Provinzen, ohne daß gleichzeitig eine systematische Umverteilung von reichen zu armen Provinzen stattfände (Yukawa, 1992).

Insgesamt scheint durchaus das Subsidiaritätsprinzip ein Leitmotiv der Wirtschaftspolitik zu sein, ohne natürlich in die spezifische deutsche Terminologie gegossen zu werden. Innerhalb der chinesischen Kulturtradition gibt es Wurzeln für ein entsprechendes Ordnungsverständnis: Die traditionelle Gesellschaftsordnung des Kaiserreiches kannte eine politisch und weltanschaulich bewußt formulierte Tradition der Förderung individueller Selbsthilfe im Kontext von Familie und Gemeinschaft; zudem hat sich der chinesische Staat bereits in einer frühen Phase der Transformation auf Verfassungsebene einer absoluten sozialstaatlichen Verpflichtung entledigt. Inzwischen scheint selbst der städtische Raum vermehrt von der Eigeninitiative der Individuen geprägt zu sein, denn es findet eine Abwanderung aus der staatlichen Wirtschaft in die Privatwirtschaft statt, indem Staatsangestellte zweite und dritte Tätigkeiten aufnehmen. Noch stellt die staatliche Anstellung eine Art sozialer Grundsicherung dar, aber letzten Endes könnte ein sozial vergleichsweise reibungsarmer Wandel der Beschäftigungsstruktur das Ergebnis sein (vgl. Davis, 1992). Freilich liegt dies noch in der Zukunft, wie etwa die anhaltenden Schwierigkeiten bei der Reform des betriebsgebundenen Wohnungsbaus zeigen.

Dieses Beispiel zeigt andererseits, daß die chinesische Transformation in hohem Maße durch strategische Fragen geprägt ist, also die Wirtschaftspolitik letzten Endes an zwei Zielen orientiert ist, nämlich wie wirtschaftliches Wachstum durch Systemwandel zu möglichst geringen Kosten erreicht werden kann, und wie auf diesem Wege auch die Position der derzeitigen politischen Eliten bewahrt bleibt (vgl. Krug 1993, S. 79-138). Strategische Überlegungen beziehen sich also zum einen auf die Minimierung der Transformationskosten im individuellen Kalkül der Machthaber als solcher, da aber diese Kosten zum Teil durch die Reaktionen aller Bevölkerungsteile auf die Wirtschaftspolitik bestimmt werden, werden auch die Kostenkalküle anderer Betroffener berücksichtigt. So bleiben etwa die urbanen Privilegien länger erhalten, weil die Anpassungslasten für die Stadtbewohner eindeutig subjektiv höher ausfallen, und weil eine politische Artikulation des Mißfallens leichter fällt, während im ländlichen Raum hauptsächlich Diskriminierungen abzubauen sind (also keine direkten Transformationskosten auftreten), andererseits aber politische Artikulationskanäle dünn gesät und weniger effektiv sind.

Insofern mag zunächst ein generelles Defizit an ordnungspolitischer Orientierung auch bezüglich des "Sozialen" verzeichnet werden. Wer jedoch Soziale Marktwirtschaft seinerseits als Strategie zur Einführung und zum Schutz der Marktwirtschaft versteht, wird dies vielleicht nicht als Prinzipienlosigkeit empfinden. In der Transformationsdiskussion spielen strategische Fragen hauptsächlich im Kontext der Alternativen "Schocktherapie" und "Gradualismus" sowie des "Sequencing" eine Rolle. In beiden Fällen blieb die Auseinandersetzung mit dem Akzeptanzproblem auch im Kontext der Sozialpolitik eher peripher. China wird gewöhnlich als ein Erfolgsbeispiel des Gradualismus betrachtet, freilich unter den gegebenen besonderen Ausgangsbedingungen.

Tatsächlich mögen viele Betrachter versucht sein, die chinesische Transformation als ausgeklügelte Strategie zur Einführung der Marktwirtschaft darzustellen, die gerade wegen des Verzichtes auf Transformationsprogramme und entsprechende Ankündigungen von Transformationslasten (etwa Arbeitslosigkeit als notwendige Folge von Privatisierungen) eine hohe soziale Akzeptanz der Veränderungen erreicht hat. Hier unterscheidet sich China deutlich von der schockhaften Einführung der Marktwirtschaft im Nachkriegsdeutschland, während andererseits die herausragende Rolle politischer Führung in beiden Fällen offensichtlich ist - wobei im chinesischen Fall selbst das Bild vom "wohlwollenden Diktator" sicherlich angesichts des Jahres 1989 überstrapaziert würde, obgleich die gegenwärtige weltpolitische - auch deutsche - Anerkennung der damals Verantwortlichen genau dies vollzieht.

In jedem Fall erklären strategisches Handeln und politische Führung viele Aspekte des offensichtlichen chinesischen Erfolges etwa im Bereich der Außenwirtschaftspolitik (vgl. Song, 1994). Problematisch ist nur, daß beides sich mit Sicherheit nicht auf die Zielsetzung bezog, eine Marktwirtschaft sei es mit, sei es ohne Attribut einzuführen. Während die deutsche Soziale Marktwirtschaft historisch gerade durch den Willen der Verantwortlichen getragen wurde, auch gegen anders gerichtete, starke politische Strömungen eine Marktwirtschaft im strengen Sinne einzurichten, ist dies nachweislich in China nur für einen kleineren Teil der Verantwortlichen seit Ende der achtziger Jahre der Fall. Dies erklärt auch, warum viele ordnungspolitische Entscheidungen in Richtung Marktwirtschaft erst ex post factum gefällt wurden, also im Grunde Reaktionen auf Fehlentwicklungen sind: So beispielsweise die Abschaffung des gespaltenen Wechselkurssystems und der Übergang zum "Managed floating" zu Beginn des Jahres 1994. Zwar ließe sich nachträglich die Sequenz der Reformschritte unter Umständen als "gradualistischer Master-Plan" rekonstruieren, soch würde hier,

wenn überhaupt, die List der Geschichte nachgebildet, nicht aber der Verstand der Entscheidungsträger.

Insofern bleibt auch vom Argument nicht viel Substanz, Chinas Transformation als Fall der strategischen "Sozialen Marktwirtschaft" zu werten. Nun könnte freilich der Spieß auch umgedreht werden: Chinas bisheriger Erfolg mag nahelegen, daß gerade diejenigen Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft, die hier als wesentliches distinktives Merkmal gewertet wurden, gar nicht essentiell für eine wirkungsvolle Einführung der Marktwirtschaft sind. Dann würde allerdings das "Soziale" der Sozialen Marktwirtschaft jeglicher konkreter Inhalte beraubt. Es stellt sich die Frage, ob marktwirtschaftliche Dynamik gerade in Phasen weitreichender gesellschaftlicher Umbrüche vielleicht notwendig mit vielen Erscheinungen einhergehen, die aus der Perspektive gereifter Marktwirtschaften problematisch erscheinen, wie der "Manchester-Kapitalismus" oder die "Räuberbarone" Amerikas. Soziale Marktwirtschaft wäre dann ein superiores öffentliches Gut, das in solchen Frühphasen der Entwicklung gar nicht produziert werden kann und produziert werden sollte. Diese Frage kann hier jedoch nur aufgeworfen, aber nicht beantwortet werden.

Literaturverzeichnis

- Cheng, Li/White III, Lynn T. (1991): China's Technocratic Movement and the World Economic Herald, in: Modern China Vol. 17(3), S.342-388.
- Christiansen, Flemming (1992): "Market Transition" in China: The Case of the Jiangsu Labor Market, 1978-1990, in: Modern China Vol. 18(1), S. 72-93.
- Davis, Deborah (1992): Job Mobility in Post-Mao Cities: Increases on the Margins, in: The China Quarterly No. 132, S. 1062-1081.
- Fewsmith, Joseph/Zou, Gary, Hrsg. (1991/1992): China's Coastal Development, I, II, in: Chinese Economic Studies Vol. 25(1), (2).
- Gutnik, V.P. (1991): Teoreticeskie aspekty perestrojki v ekonomike, Moskva: Izdatel'stvo Universitety drusby narodov.
- Herrmann-Pillath, Carsten (1987): Die Wechselwirkung zwischen Reformtheorie und Reformpolitik in der VR China, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik Jg. 36, S. 69-99.
- Herrmann-Pillath, Carsten (1989): Staatseigentum ohne Zukunft? Chinesische Wirtschaftswissenschaftler diskutieren neue Eigentumsformen im Sozialismus, Berichte des BIOst 17-1989, Köln.
- Herrmann-Pillath, Carsten (1990): VR China: Probleme der binnenwirtschaftlichen Entwicklung, in: Veröffentlichungen des Japanisch-deutschen Zentrums, Band 6: Das nach-maoistische China aus japanischer und deutscher Sicht, Berlin.
- Herrmann-Pillath, Carsten (1991): Institutioneller Wandel, Macht und Inflation in China: Ordnungstheoretische Analysen zur Politischen Ökonomie eines Transformationsprozesses, Baden-Baden: Nomos.
- Herrmann-Pillath, Carsten/Schlecht, Otto/Wünsche, Horst Friedrich, Hrsg. (1994): Marktwirtschaft als Aufgabe: Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, Stuttgart/Jena: Fischer.
- Hsu, Robert C. (1988): Economics and Economists in Post-Mao China - Some Observations, in: Asian Survey Vol. XXVIII(12), S. 1211-1228.
- Hsu, Robert C. (1991): Economic Theories in China, 1979-1988, Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Ishihara, Kyôichi (1993): China's Conversion to a Market Economy, Tokyo: IDE.
- Kojima, Reetsu (1992): The Growing Fiscal Authority of China's Provinces, in: The Developing Economies Vol. XXX, No. 4, S. 315-346.
- Kraus, Willy (1989): Shehui shichang jingji, Bonn/Peking: Ludwig-Erhard-Stiftung.

- Krug, Barbara (1993): Chinas Weg zur Marktwirtschaft - Eine politisch-ökonomische Analyse der Wirtschaftstransformation 1978-1988, Marburg: Metropolis.
- Li Fengjiang (1991): "Guoji da xunhuan lilun" ji qi jingji zhengce neihan, unveröffentlichtes Arbeitspapier des "European Project on China's Modernization", Bochum/Duisburg.
- Lyons, Thomas P. (1992): China's War on Poverty: A Case Study of Fujian Province, 1985-1990, USC Seminar Series No. 7, Hong Kong.
- Naughton, Barry (1993): Deng Xiaoping: The Economist, in: The China Quarterly No. 135, S. 491-514.
- Peterhoff, Reinhard (1994): Rußland auf der Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung: Herrmann-Pillath et al., Hrsg. (1994), S.125-139.
- Song Xueming (1994): Außenhandelsreform und komparative Vorteile Chinas, Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft Nr. 3, Duisburg.
- Wang Hao (1991): "Shijie jingji daobao" zai Zhongguo jingji gaige de sixiang he zhengce yinxiang - yu "Renmin ribao", "Guangming ribao" de bijiao fenxi, unveröffentlichtes Arbeitspapier des "European Project on China's Modernization", Bochum/Duisburg.
- Wang Jianmin (1990): Ordnungskonzeptionen für die Wirtschaftsreform in der Volksrepublik China - Vergleichende Analyse und Vorschlag der Synthese der Planwirtschaft und der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt et al.: Peter Lang.
- Wünsche, Horst Friedrich (1994): Soziale Marktwirtschaft als Politik zur Einführung der Marktwirtschaft, in: Herrmann-Pillath et al. (1994), S. 21-45.
- Yue, Bing (1991): Globalsteuerung in der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Anwendbarkeit im Modernisierungsprozeß der Volksrepublik China, Frankfurt et al.: Peter Lang.
- Yukawa, Kazuo (1992): Economic Cooperation Between Guangdong and Inland Areas, in: JETRO China Newsletter Sept.-Oct. 1992, S. 9-15.
- Zuo Dapei (1988): Freiburg jingji xuepai yanjiu, Hunan jiaoyu chubanshe.

DUISBURGER ARBEITSPAPIERE ZUR OSTASIENWIRTSCHAFT
DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN ECONOMIC STUDIES

Die folgenden Papiere sind erschienen:
The following papers have appeared:

- No. 1 / 1993 C. Nagler / W. Pascha / C. Storz:
Ansiedlung japanischer Unternehmen in der Peripherie Düsseldorfs
- No. 2 / 1993 M. Elvenkemper / W. Pascha / A. Rörig:
Koreanische Unternehmen in Deutschland: Ergebnisse einer Umfrage
- No. 3 / 1994 X. Song:
Außenhandelsreform und komparative Vorteile Chinas
- No. 4 / 1994 V. Geng:
Der Einfluß sozio-kultureller Faktoren auf die Geschäftsbeziehungen
mit Wirtschaftsorganisationen der VR China -- eine Befragung kleiner
und mittlerer Industrieunternehmen
- No. 5 / 1994 X. Song:
Konsumgütermarkt und Marketing in China
- No. 6 / 1994 A. Ding:
Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in Wuhan
- No. 7 / 1994 C. Herrmann-Pillath:
Tagungsbericht: China: A New Growth Center in the World Economy ?
- No. 8 / 1994 H.-C. Kuan:
Hong Kong and Guangdong: Greater China or Greater Hong Kong ?
- No. 9 / 1994 S. Heilmann:
Beijing and the 1997 Takeover of Hong Kong: Centralized Political
Control and the Promise of Autonomy

- No. 10 / 1994 R. Langhammer:
The Formation of Greater China and the Future of EU-China Relations
- No. 11 / 1994 W. Kraus:
Technologischer Wettbewerb mit Japan und die Forderung nach
Industriepolitik
- No. 12 / 1994 C. Herrmann-Pillath
Elemente der Sozialen Marktwirtschaft im Transformationsprozeß Chinas?

Eine begrenzte Zahl von Papieren kann kostenfrei abgegeben werden.

A limited number of papers can be distributed free of charge.

FJP e.V., D-47048 Duisburg, Germany; Tel.: 0203/3789-114; Fax: 0203/3789-157
Konto / account 317 28 63, Deutsche Bank, Filiale / branch Duisburg
(BLZ / bank code 350 700 30)

No. 12 (1994): Elemente der Sozialen Marktwirtschaft im Transformationsprozeß Chinas?

Herrmann-Pillath, Carsten

In: Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft / 1994

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/49612>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20191220-121423-0>

Link: <https://duepublico.uni-duisburg-essen.de:443/servlets/DocumentServlet?id=49612>